

Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Auf dem Weg in die sozial-ökologische Marktwirtschaft

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu WKF-05

Von Zeile 107 bis 109 einfügen:

Wir wollen damit Wohlstand in Deutschland und Europa zukünftig umfassender messen und den Fortschritt beim ökologischen Umbau der Wirtschaft langfristig abbilden. Die Gemeinwohlökonomie wird zum Ziel auf allen Ebenen – auf der Ebene der Wirtschaftspolitik, in großen Unternehmen, in Aktiengesellschaften und bei den kleinen und Mittelständischen Unternehmen. Auch für die Unternehmen können davon innovative Impulse ausgehen. So wollen wir als ersten Schritt **für**

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:

CO₂-Emissionen berichten. Bestehende Ausnahmen für nicht börsennotierte Unternehmen sowie für viele Banken und Versicherer wollen wir in einem ersten Schritt abschaffen. Mittelfristiges Ziel ist, Aktiengesellschaften im Kern, von innen heraus zu verändern. Dazu wollen wir, dass die Eigentümer*innen verpflichtend über eine Nachhaltigkeitsstrategie ihres Unternehmens abstimmen. Dazu sollen gesetzliche Mindestanforderungen im Aktienrecht verankert werden. Dadurch schaffen wir einerseits Transparenz, andererseits wird so erst möglich, dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung der nachhaltigen Entwicklung des Unternehmens, nicht der kurzfristigen Gewinnerwartung dient. Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft und testiert werden. Langfristig wollen wir erreichen, dass diese ökologischen und sozialen Werte auch entsprechend bepreist werden und so direkten

Begründung

Gemeinwohlökonomie entsteht von unten, durch Initiativen von Pionier*innen und durch Unternehmen, die schon immer Verantwortung übernehmen – im Sinne des althergebrachten, sprichwörtlichen „ehrbaren Kaufmanns“, der, bzw. heute auch "die", sich nicht nur um den Gewinn kümmert, sondern um die Gesellschaft insgesamt bemüht. Gemeinwohlökonomie muss aber auch bei den großen Aktiengesellschaften ansetzen. Wir brauchen gesetzliche Vorgaben, die Aktiengesellschaften im Kern, von innen heraus verändern. Hierzu braucht es klare Vorgaben der Politik. Wir wollen, auch aus Gründen der Fairness, große Unternehmen in die Pflicht nehmen, die bislang ausschließlich auf Rendite aus sind. Dazu wollen wir, dass Aktiengesellschaften nicht nur über Nachhaltigkeitsindikatoren berichten, wie derzeit im Antrag des Bundesvorstandes steht, sondern dass die Eigentümer*innen über eine Nachhaltigkeitsstrategie ihres Unternehmens abstimmen müssen. Dazu sollen gesetzlich Mindestanforderungen im Aktienrecht verankert werden. Somit würde transparent, was das Unternehmen wirklich umsetzen möchte und inwiefern es bereit ist, zu Lasten kurzfristiger Gewinnerwartungen in einen langfristig nachhaltigen Unternehmenserfolg zu investieren, im Sinne des Gemeinwohls.

Außerdem wird es so erst möglich, dass von einer Pflichtverletzung des Vorstandes abgesehen wird, wenn eine Entscheidung dazu dient, dass das Unternehmen soziale und ökologische Standards einhält, zu denen sich Deutschland völkerrechtlich verpflichtet hat. Die nichtfinanziellen Ziele und Indikatoren sollten wie die finanziellen extern überprüft und testiert werden.

weitere Antragsteller*innen

Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Tobias Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Achim Jooß (KV Ortenau); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Regina Klünder (KV Kiel); Tobias Bünder (KV Berlin-Neukölln); Oliver Edgar Münchhoff (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg); Sarah Schneider (KV Berlin-Neukölln); Jan Stiermann (KV Berlin-Neukölln); Philipp Mathmann (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)